

# MITTELSTANDSOFFENSIVE: UNSER LAND KANN MEHR!



**CDU** DIE FRAKTION IM LANDTAG  
VON BADEN-WÜRTTEMBERG



Eckpunktepapier der CDU-Landtagsfraktion



## IMPRESSUM

1. Auflage 2015

**Verfasser und Herausgeber:** CDU-Landtagsfraktion, Pressestelle, Konrad-Adenauer-Straße 12, 70173 Stuttgart

**Ansprechpartner:** Stefan Prinz, Pressesprecher der CDU-Landtagsfraktion

**Bilder:** Fotolia, CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

**Druck, Bindung und Verarbeitung:** Übelmesser Druck

**Satz, Gestaltung:** dhc Werbung GmbH



**Guido Wolf Mdl**  
Vorsitzender der  
CDU-Landtagsfraktion



**Dr. Reinhard Löffler Mdl**  
Wirtschaftspolitischer  
Sprecher der  
CDU-Landtagsfraktion

Wir sind ein wirtschaftsstarkes Land. Dies verdanken wir den fleißigen Menschen und den Unternehmen, die sich mit Tatkraft, Innovation und Leidenschaft jeden Tag einem immer stärker werdenden globalen Wettbewerb stellen müssen. Es ist deshalb für die CDU-Landtagsfraktion Ansporn und Verpflichtung zugleich, mit ihrer parlamentarischen Arbeit die Spitzenstellung unserer Wirtschaft nachhaltig zu unterstützen und zu fördern.

Als ressourcenarmes Land sind die Innovationskraft und die Wettbewerbskraft unserer Unternehmen entscheidende Säulen für Wohlstand, gesellschaftlichen Frieden und Wachstum, an dem auch die zukünftigen Generationen teilhaben sollen. Wir sind reich an kreativen Köpfen und talentierten Menschen. Bildung wird zum Schlüssel des Erfolgs.

Wir sind als CDU-Landtagsfraktion Ansprechpartner für Handwerk und Mittelstand, für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Im Dialog mit ihnen wollen wir einen gemeinsamen Weg finden, die Herausforderungen der nächsten Jahre zu bewältigen. Wir verstehen unsere Vorschläge in diesem Strategiepapier als Aufforderung, mit uns einen gemeinsamen Weg zu finden, die Wirtschaftskraft dauerhaft zu stärken und weiterzuentwickeln. Gemeinsam sind wir stark. **Unser Land kann mehr.**

**Guido Wolf Mdl**  
Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

**Dr. Reinhard Löffler Mdl**  
Wirtschaftspolitischer Sprecher  
der CDU-Landtagsfraktion



<b>Standpunkt und Ausblick</b>	6
<b>Neue Wege der Innovations- und Technologiepolitik</b>	8
<b>Industrie 4.0 auf den Weg bringen</b>	9
<b>Gründerkultur stärken</b>	10
<b>Freihandelsabkommen als Chance begreifen</b>	11
<b>Fachkräftesicherung zukunftsfähig machen</b>	12
<b>Handwerk / Gastronomie</b>	13
<b>Betriebliche und private Altersvorsorge stärken</b>	14
<b>Schlüsselfaktor Bildung</b>	14
<b>Betriebliches Gesundheitswesen für kleine und mittlere Unternehmen</b>	16
<b>Keine unnötigen Lasten für unsere Unternehmen</b>	17
<b>Bürokratieabbau</b>	18
<b>Finanzplatz Baden-Württemberg</b>	18
<b>Den Breitbandausbau in Baden-Württemberg voranbringen</b>	19
<b>Verkehr</b>	20
Mobilität für Wohlstand und Beschäftigung	20
Leistungsfähige Infrastruktur für das ganze Land	20
Erhalt und Ausbau aller Verkehrsträger	20
Starke Verkehrs- und Logistikunternehmen	21
<b>Energie als Standortfaktor</b>	22
<b>Zielsetzung</b>	23

# Standpunkt und Ausblick

Der Mittelstand in Baden-Württemberg hat sich in 58 Jahren CDU-geführter Regierung zum Fundament für Wachstum und Wohlstand im Land entwickelt und ist Motor für sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze. Das hohe Niveau des wirtschaftlichen Erfolgs zeigt sich nicht nur in der Innovationskraft und der Exportstärke. Viele Unternehmen sind Weltmarktführer oder besetzen Nischen in unserer Schlüsselindustrie wie dem Automobilbau oder dem Maschinen- und Anlagenbau. Die Verantwortung für Arbeitnehmer und die wettbewerbliche Leistungskraft insbesondere unserer inhabergeführ-

ten Unternehmen trugen erfolgreich dazu bei, aus der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gestärkt hervorzugehen. Der CDU-Landtagsfraktion ist bewusst, dass der Fleiß und die Leistungsbereitschaft unserer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wesentlich zum Erfolg unserer Wirtschaft beitragen.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen im Land weiter zu sichern und zu stärken, ist vor dem Hintergrund einer immer globaler agierenden Weltwirtschaft, aber auch wegen der Konflikte in Osteuro-

pa, im Nahen und Mittleren Osten, den Konjunkturschwächen und den Haushaltskrisen vieler europäischer Länder die vordringliche Aufgabe der CDU-Fraktion.

Die CDU-Fraktion wird sich dabei an den Leitprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientieren und alle planwirtschaftlichen Elemente und bürokratischen Mehrbelastungen der Vorgängerregierung abbauen, die sich nachteilig auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ausgewirkt haben und den Erfolg unserer Unternehmen schmälern. Dies umfasst nicht nur die Stär-



kung wirtschaftlicher, finanzieller und arbeitsmarktpolitischer Rahmenbedingungen, sondern auch die konsequente Weiterentwicklung harter und weicher Standortfaktoren, die unmittelbaren oder mittelbaren Einfluss auf den unternehmerischen Erfolg haben.

Die CDU-Landtagsfraktion wird die Gründerkultur mit neuem Leben füllen und Lösungsvorschläge zum Fachkräftebedarf, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur betrieblichen Weiterbildung ebenso unterbreiten wie steuerrechtliche Impulse für die

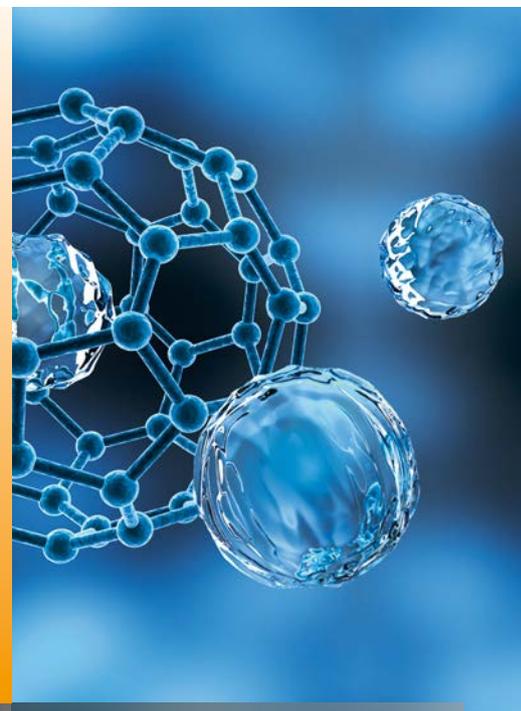
konsequente Weiterentwicklung von Forschung und Entwicklung setzen. Wir sind uns bewusst, dass Industrie 4.0 und das digitale Zeitalter neue Herausforderungen und neue Wertschöpfungsketten hervorbringen, die nicht nur unsere Arbeitswelt verändern, sondern auch neue gesellschaftliche Fragen aufwerfen werden. Beim weltweiten Wettrennen um die Spitzenplätze der digitalen Zukunft darf unser Land nicht zurückfallen. Die Voraussetzungen für die digitale Infrastruktur und Cybersicherheit müssen in den Fokus politischer Anstrengungen gerückt werden.



**Alle anstehenden Aufgaben werden künftig wieder von einem Wirtschaftsministerium wahrgenommen, das mit anderen Handlungsfeldern wie Bildung, Verkehr, Umwelt, Energie oder Infrastrukturaufgaben vernetzt ist, soweit damit wirtschaftliche Standortfaktoren verknüpft sind.**



# Neue Wege der Innovations- und Technologiepolitik



Wir halten es als CDU-Fraktion für wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft durch permanente Innovationsleistungen auf allen Technologiefeldern zu stimulieren. Unsere Spitzenstellung verdanken wir Lothar Späth, der die Vernetzung der Industrie mit Hochschulen und Forschungsinstituten vorangetrieben hat.

Die CDU-Fraktion will künftig kleinere und mittlere Unternehmen noch stärker in den Innovationstransfer einbinden, damit diese den Anschluss in Zukunfts- und Hightech-Feldern wie neue Materialien, Optik, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik oder der Medizintechnik gewährleisten können. Alle Aspekte des Innovations-, Technologie- und Wissensmanagements auf vertikaler und horizontaler Ebene sollen konstant analysiert und verbessert werden. Dazu gehören auch Partnerschaftsplattformen im Sinne eines Open-Innovation-Ansatzes, um die Innovationsaktivitäten von kleinen und mittleren Unternehmen zu aktivieren.

Gerade im Bereich der Schlüsseltechnologien können Förderinstrumente für Zukunftstechnologien, wie beispielsweise neue Materialien und Werkstoffe, Photonik, Mikroelektronik sowie bio- und nanotechnologische Verfahren, in der gesamten Wertschöpfungskette unserer Unternehmen helfen, deren Kompetenzen zu sichern und neue Marktpotenziale zu erschließen. Diese Erkenntnisse sollen gezielt in die Weiterentwicklung und Nutzbarmachung von neuen und verbesserten Herstellungsverfahren und Produkten fließen. Die CDU-Fraktion wird den Weg, den Lothar Späth eingeschlagen hat, konsequent fortsetzen.



**Die CDU-Fraktion will, dass nicht-technische Innovationsfelder, wie neue produktbegleitende Dienstleistungen und neue Geschäftsmodelle, die sich bei der digitalen Entwicklung anbahnen, genutzt werden, um zusätzliche Impulse auszulösen. Wir sind der Ansicht, dass diese Handlungsfelder sich mit technischen Innovationen verknüpfen lassen. Die CDU-Fraktion wird dies zu einem weiteren Schwerpunkt ihrer Innovations- und Technologiepolitik machen. Dabei ist für die CDU-Landtagsfraktion auch von Bedeutung, Unternehmensnetzwerke zu schaffen, die den Austausch zwischen branchenfremden Unternehmen mit unseren Forschungsinstituten im Sinne eines horizontalen Wissenstransfers befördern. Bislang liegen Querschnittsaktivitäten unterschiedlicher Branchen bei neuen Technologien noch weitgehend brach. Die wechselseitige Stimulanz verspricht neue Handlungsfelder auf den Märkten.**

# Industrie 4.0 auf den Weg bringen

Mit den Begriffen Industrie 4.0 und digitale Revolution wird eine Veränderung der Arbeits- und Wertschöpfungsprozesse beschrieben, die seit der Erfindung des Mikrochips auch unser gesamtes gesellschaftliches und soziales Leben umfasst. Neue Tätigkeits- und Beschäftigungsfelder entstehen. Sie werden Veränderungen bringen, Chancen und Risiken. Da sich zurzeit alle 18 Monate die weltweite Rechnerleistung verdoppelt, werden neue Entwicklungen wie die der „künstlichen Intelligenz“ weiter vorangetrieben: Politik, Wirtschaft und unsere Forschungslandschaft stehen vor völlig neuen Herausforderungen, aber auch vor der Verantwortung, dass diese Technologie dem Menschen dient. Wir unterschätzen dabei nicht die Gefahren des „gläsernen Menschen“ und die Sicherheit für das Land sowie seine Bürgerinnen und Bürger.

Die Europäische Kommission hat Industrie 4.0 zu einem zentralen Handlungsfeld gemacht. Wir werden zusammen mit der EU die Entwicklung digitaler Prozesse für unsere Wirtschaft vorantreiben und Handlungsfelder für alle Wertschöpfungsketten entwickeln. Es ist dabei von zentraler Bedeutung, dass unsere Forschungseinrichtungen in einem Cluster mit der Wirtschaft in diese Entwicklung eingebunden werden und alle

an den Entwicklungen partizipieren können. Dabei steht der Aufbau eines digitalen Kompetenzzentrums im Fokus unserer Wirtschaftspolitik, das sich auch der Herausforderung der Qualifizierung für digitale Kompetenzen in der Arbeitswelt annehmen wird.

Noch haben viele mittelständische Unternehmen bei der Digitalisierung Nachholbedarf im Vergleich zu Großunternehmen. Die Anstrengungen der öffentlichen Verwaltungen, ihre Prozesse zu digitalisieren, nehmen sich bislang nur bescheiden aus. Eine Digitalisierung in drei Geschwindigkeiten wird Industrie 4.0 eher behindern als fördern und die Potenziale der Digitalisierung nicht ausnützen. Um Schritt zu halten, braucht Baden-Württemberg den Ausbau einer flä-



chendeckenden Breitbandversorgung für ein schnelles Internet als Voraussetzung für Investitionen in Zukunftstechnologien. Parallel dazu muss Cybersicherheit zu einem wesentlichen politischen Handlungsfeld werden, damit unsere Unternehmen sich gegen digitale Angriffe im Netz schützen können. Viele Unternehmen werden digital ausgespäht. Der dadurch entstehende wirtschaftliche Schaden ist volkswirtschaftlich nicht hinnehmbar.

**Die CDU-Landtagsfraktion verfolgt das Ziel, Baden-Württemberg zu einem führenden digitalen Industriestandort zu etablieren.**

**Die Vermittlung der notwendigen Kompetenzen werden wir im schulischen Bereich und im Ausbildungsbereich anstoßen und fördern. Baden-Württemberg soll in Europa zum digitalen Wirtschaftswunderland werden. Als erster Schritt sollen kleine und mittlere Unternehmen von Digitalisierungsgutscheinen profitieren, die analog zu den bestehenden Innovationsgutscheinen ergänzt werden, damit diese Unternehmen einen ersten Zugang zu dieser Technologie haben.**



# Gründerkultur stärken

Unser Land hinkt bei der Gründungskultur im Vergleich zu anderen innovationsbasierten Volkswirtschaften weit hinterher. Um den Anschluss an zukünftige Geschäftsmodelle nicht zu verlieren, braucht ein rohstoffarmes Land wie Baden-Württemberg eine Gründerkultur, die von der Schule bis zur Universität unternehmerisches Denken vermittelt und auch das Scheitern von Geschäftsideen in Kauf nimmt. Führungsqualifikationen sollen nach den Vorstellungen der CDU-Landtagsfraktion in die Lehrpläne und Studienordnungen Eingang finden. Wir werden den Wettbewerb um neue innovative Geschäftsmodelle für Pro-



duktion und Dienstleistungen vorantreiben und die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, damit sich in unserem Land ein Gründungsklima entwickeln kann.

**Hierbei unterstützt die CDU-Fraktion ein Venture-Capital-Gesetz, das nach dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung auf den Weg gebracht werden soll und das als Bestandteil keine Steuerpflicht für Veräußerungsgewinne bei Streubesitzanteilen, keine Umsatzsteuer auf Management-Vergütungen und den Erhalt von Verlustvorträgen auch beim Wechsel der Anteilseigner vorsieht. Die steuerliche Benachteiligung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital ist ein Systemfehler. Private Investoren sollten bei Verlust ihr Wagniskapital steuerlich absetzen können, damit sich die Finanzierungsoptionen junger Gründer verbessern. Die CDU-Landtagsfraktion könnte sich auch Fonds-Modelle mit der KfW-Bank vorstellen. Die L-Bank könnte hierbei die Rolle des Vermittlers übernehmen, um Missbräuche zu verhindern.**



Eine dem Wirtschaftsministerium zugeordnete Stelle wird sich dezidiert um alle Belange von Start-up-Unternehmen kümmern und als Plattform für innovative Kooperationen oder Cluster agieren. In der Gründungsphase wird diese Stelle alle Belange junger Unternehmen als One-Stop-Agency wahrnehmen und dabei den bürokratischen Aufwand auf niedrigem Niveau halten. Ein gründungsfreundliches Steuerrecht ist unverzichtbar. So sind z. B. monatliche Umsatzsteuervoranmeldungen, enge Buchführungspflichten, Sozialbeiträge für Geschäftsführer Elemente, die einer Unternehmensgründung eher im Wege stehen.

Bestehende Förderprogramme des Landes und der Verbände für Menschen mit Migrationshintergrund bei Unternehmensgründungen müssen ausgebaut und vernetzt werden. Das Land soll seine Aktivitäten eng auf das bereits bestehende, umfangreiche Beratungsangebot von IHK und Handwerkskammer für Existenzgründerinnen und Existenzgründer mit Migrationshintergrund abstimmen. Die CDU-Landtagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass in einem Open-Data-Gesetz geregelt wird, dass offene Daten in freien Formaten frei verfügbar sind und eine wirtschaftliche Nutzung dieser öffentlichen Datenbestände möglich ist.

# Freihandelsabkommen als Chance begreifen

Die USA sind der wichtigste Wirtschaftspartner Baden-Württembergs. Daher ist ein erfolgreicher Abschluss des geplanten Freihandelsabkommens TTIP in unserem besonderen Interesse und wird insbesondere den mittelständischen Unternehmen neue Chancen eröffnen.

Eine der großen Stärken Baden-Württembergs ist die hohe Exportorientierung der Unternehmen. Zunehmend werden auch mittelständische Unternehmen auf den Weltmärkten aktiv. Oftmals sehen sie sich durch unfaire Handelsbestimmungen, Hürden wie z. B. unterschiedliche technische Standards und Regulierungen, einen zu geringen Schutz des geistigen Eigentums und willkürliche Maßnahmen der Drittstaaten behindert. Sie sind daher mehr als andere Unternehmen auf stabile und faire Rahmenbedingungen im Außenhandel angewiesen. Hierzu kann eine neue Generation von Handelsabkommen einen wichtigen Beitrag leisten, die nicht nur den Zollabbau, sondern vor allem auch den Abbau der tarifbasierenden Handelshemmnisse in den Mittelpunkt stellen. Insbesondere die Schaffung gemeinsamer Standards oder die gegenseitige Anerkennung von Standards hilft den mittelständischen Unternehmen. In diesem Sinne begrüßt die CDU-Landtagsfraktion

die derzeitigen Verhandlungen der EU mit wichtigen Wirtschaftspartnern weltweit. Die CDU-Landtagsfraktion verfolgt die Verhandlungen der Europäischen Union mit den USA über das Freihandelsabkommen TTIP. Der Abbau von Zöllen und nicht tarifbasierenden Handelshemmnissen führt nach der Folgenabschätzung des unabhängigen Centre for Economic Research (CEPR) zu mehr wirtschaftlichem Wachstum und zum Abbau bürokratischer Hürden. Die zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile und Einsparungen beim Verbraucher sind ein konjunktureller Impuls, der allen europäischen Volkswirtschaften und allen Bürgern zugutekommen wird. Die zu erwartenden Vorteile sollen sich auf jährlich über 100 Milliarden Euro belaufen.



Dennoch, **die CDU-Fraktion besteht darauf**, dass eine Aufweichung von Standards im Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutz keine Verhandlungsgrundlage sein darf und die EU ihre Rechtsvorschriften zu gentechnisch veränderten Organismen nicht ändern sollte. Bei der Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten sind unsere rechtsstaatlichen Grundsätze nicht verhandelbar. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist nicht Gegenstand des Abkommens. Ausgenommen ist auch die öffentliche Förderung von Kunst und Kultur.

**Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich dafür aus**, dass die Verhandlungen formal und inhaltlich offen und transparent gestaltet werden, um in der öffentlichen Diskussion Vorurteilen entgegenzuwirken.

# Fachkräftesicherung zukunftsfähig machen

Der demografische Wandel, aber auch die Rente mit 63 verstärken das Fachkräfteproblem in den MINT-Berufen und im pflegerischen Bereich. Die CDU-Landtagsfraktion will an verschiedenen Schnittstellen aktiv werden, um dieses Problem anzugehen. Bereits im schulischen Bereich soll bei Mädchen das Interesse für MINT-Fächer verstärkt geweckt werden, da Frauen in diesen Berufsgruppen unterrepräsentiert sind. Junge Frauen sollen sich künftig gezielt mit Stipendien für ein MINT-Studien-

fach entscheiden können. Zudem will die CDU-Landtagsfraktion dazu beitragen, dass durch eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeiten die Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch Pflege und Beruf verbessert werden.

Die CDU-Fraktion misst der betrieblichen Weiterbildung einen hohen Stellenwert bei. Kleine und mittlere Unternehmen sollen zusammen mit den Kammern und Verbänden sowie den Universitäten und Hochschulen Qualifizierungschancen haben, die wir

unterstützen werden. Dabei soll dem interaktiven Lernen im Netz ein besonderer Stellenwert zukommen. Das gilt auch für Quereinsteiger, für Frauen und Männer, die aus familiären Gründen längere Zeit dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung standen, oder für Mitbürger, die unsere Sprache nicht beherrschen. Die Kompetenzentwicklung und Weiterqualifizierung aller Arbeitnehmer ist ein prioritäres Handlungsfeld, um das Wissen in unseren Unternehmen zu halten und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

**Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich dafür aus, dass die Hürden für qualifizierte Zuwanderer gesenkt werden und dass es Studierenden aus Nicht-EU-Ländern, die bei uns ein Examen abgelegt haben, leichter möglich sein soll, eine berufliche Perspektive in Baden-Württemberg in Erwägung zu ziehen. Zu einer Willkommenskultur gehört auch, dass sich eine Stelle um alle Belange von Zuwanderern kümmert (One-Stop-Agency), das heißt, Wohnungssuche, Schulbesuche, Führerschein, Anerkennung von Qualifikationen etc. Die Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse muss verbessert und die Regierungspräsidien und die Welcome-Center in den Regionen müssen mit mehr Personal ausgestattet werden. Die CDU-Landtagsfraktion fordert, dass in einem Gesetz das Zuwanderungsrecht, einschließlich die Einbindung von Flüchtlingen, arbeitgeber- und fachkräftefreundlich zusammengefasst werden. Fachkräften ohne anerkannten Abschluss soll die Einwanderung möglich sein, wenn sie eine Beschäftigung nachweisen können und der Arbeitgeber Sicherheiten bietet.**



Ausbildungsinhalte, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt verstärkt nachgefragt werden, können durch berufliche Schulen im Ausland vermittelt werden. Solche berufliche Schulen, in denen auch die deutsche Sprache gelernt werden kann, werden wir weiter fördern.

Ältere Menschen, die das Rentenalter erreicht haben, sich aber dennoch vorstellen können, weiter zu arbeiten, sollten nicht in eine (Schein-)Selbständigkeit verwiesen werden, sondern als Arbeitnehmer beschäftigt werden können. Die CDU-Landtagsfraktion will erreichen, dass dafür der Zugang zu befristeten Arbeitsverhältnissen erleichtert oder die gesetzlichen Kündigungsbestimmungen geändert werden.

# Handwerk / Gastronomie



Das Handwerk ist eine wichtige Säule unserer Wirtschaft. Die Abschaffung des Meisterbriefs hat in den betroffenen Berufen zu einem dramatischen Rückgang der Ausbildungszahlen geführt und die Qualität der Arbeit gemindert. Die CDU-Landtagsfraktion strebt an, den Meisterbrief wieder generell einzuführen. Dies führt auch zu einer Stärkung der dualen Ausbildung. Für die CDU-Landtagsfraktion ist es wichtig, Digi-

tal-Kompetenzen in der Berufsschulausbildung für alle gewerbliche Berufe zu vermitteln. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt die Handwerkskammer darin, junge Flüchtlinge in Ausbildungsberufe zu bringen, und will auch einen Beitrag zu den Unterbringungskosten von Berufsschülern leisten.

Die CDU-Landtagsfraktion ist offen für die vom Baden-Württembergischen Hand-

werkstag geforderten Reformvorschläge des Rundfunkbeitragssystems. Dies gilt insbesondere für die Fahrzeugbeiträge. Handwerksbetriebe wie z. B. Baubetriebe, die auf viele Fahrzeuge angewiesen sind, werden gegenüber Betriebsstätten und Haushalten benachteiligt. Die CDU-Landtagsfraktion strebt größere Freikontingente in Abhängigkeit von der Betriebsgröße an.

Unsere Gastronomie ist ein Aushängeschild für das Genießerland Baden-Württemberg und eine wesentliche Säule unseres Tourismus. Wir haben nicht nur zahlreiche Spitzenköche, sondern auch eine Ausbildung auf höchstem Niveau.



**Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt das Gastgewerbe in der Forderung nach flexiblen Arbeitszeitmodellen und nach Abschaffung bzw. spürbarer Erleichterung bei der Arbeitszeitaufzeichnungspflicht.**

## Betriebliche und private Altersvorsorge stärken

In einer älter werdenden Gesellschaft sind die Alterssicherungssysteme dem Doppelrisiko aus Kapitalmarkt und Demografie ausgesetzt. Viele Menschen sind auf die zu erwartende Einnahmelücke beim Rentenbezug unzureichend vorbereitet.

Neben der gesetzlichen Rente müssen die private und betriebliche Altersvorsorge attraktiver werden. Daher fordert die CDU-Landtagsfraktion, dass die Beitrags- und Steuerbelastung der kapitalgedeckten Rente zurückzufahren ist.

## Schlüsselfaktor Bildung

Was Henry Ford mit dem Satz: „Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht erst in der Fabrikhalle, sie beginnt im Klassenzimmer“ auf den Punkt gebracht hat, unterstreicht, dass ein leistungsgerechtes und differenziertes Bildungssystem, das allen Begabungen und Fähigkeiten unserer Kinder gerecht wird, zu den Schlüsselfaktoren einer erfolgreichen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft gehört. Soziale Gerechtigkeit ist nicht Gleichmacherei. Eine Bildungspolitik, die einseitig Gemeinschaftsschulen fördert, lehnen wir ab.



**Die CDU-Landtagsfraktion will flexible und familiengerechte Betreuungsangebote am Nachmittag durch eine finanzielle Beteiligung ermöglichen. Dadurch soll den Eltern eine optimale Wahlfreiheit angeboten und gleichzeitig eine bessere Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf erreicht werden.**



Unsere Wissensgesellschaft muss in ihre Überlegungen auch den Nutzen und Erfolg der frühkindlichen Erziehung einbinden. Die CDU-Fraktion hat an Pädagogischen Hochschulen Studienplätze für den Bereich der frühkindlichen Erziehung geschaffen, um durch ausgebildete Fachkräfte gezielt soziales Verhalten, Sprachkompetenz, musische Entwicklung und die Lernbereitschaft zu stärken. Damit bei Kindern die Neugier an technischen Zusammenhängen geweckt wird, soll ihnen der Zugang zum erfolgreichen Projekt „Haus der kleinen Forscher“ ermöglicht werden. Die Qualität der frühkindlichen Bildung ist von großer Bedeutung. Ihr kommt eine Schlüsselrolle zu. Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsgarant unserer Wirtschaft. Dual ausgebildete junge Menschen haben bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und vergrößern das Potenzial für qualifizierte Fachkräfte.



**Die CDU-Fraktion ist bestrebt, das Modell der dualen Ausbildung auch europaweit zu verankern, um der Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern entgegenzuwirken. Duale Ausbildung bietet sich auch als eine Form der Entwicklungshilfe an. Gleichzeitig unterstützt die CDU-Fraktion Unternehmen, die duale Ausbildungsstätten im Ausland aufbauen und betreiben, damit diese als Brückenköpfe die Qualität und Exzellenz baden-württembergischer Wertarbeit sichern.**

Bei der akademischen Zusammenarbeit mit universitären Partnern im Ausland soll mit dem Konzept der Dualen Hochschule eine neue Qualität des Wissenstransfers erreicht werden.

Die CDU-Fraktion will, dass an unseren Schulen im Rahmen des schulischen Unterrichts ein grundlegendes Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge, unternehmerisches Handeln und die Bedeutung der sozialen Marktwirtschaft vermittelt wird.

Baden-Württemberg besitzt eine hervorragende Hochschullandschaft sowie exzellente universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Eine Kooperation zwischen den Hochschulen für angewandte Wissenschaft und dem Mittelstand kann sich speziell den Anforderungen an neue Materialien, Fertigungstechniken, Informations- und Kommunikationstechnologien, Softwareentwicklung, neue Technologien, z. B. die Nanotechnologie, und neuen Wertschöpfungen durch die digitale Entwicklung widmen. Die CDU-Fraktion steht zu unserer differenzierten Hochschullandschaft und dem landesweit dichten Standortnetz von Hochschulen. Junge Menschen sollen informationstechnische Grundlagen erlernen bzw. Informatikunterricht bekommen, damit sie auf eine digitalisierte Berufswelt vorbereitet werden.

# Betriebliches Gesundheitswesen für kleine und mittlere Unternehmen

Viele Unternehmen haben den Nutzen betrieblicher Gesundheitsförderung bereits erkannt und erfolgreich betriebliche Programme und Projekte in ihren Unternehmen eingeführt. Sie haben die Gesundheitsförderung zu einer Managementaufgabe in ihren Betrieben gemacht. Noch nutzen kleinere und mittlere Unternehmen die Möglichkeiten der betrieblichen Gesundheitsförderung nicht ausreichend. Sie



haben oft nur wenige Mitarbeiter und einen begrenzten Gestaltungsspielraum. Die CDU-Landtagsfraktion ist davon überzeugt, dass Investitionen in die Gesundheitsförderung in einer häufig stressbehafteten Arbeitsumgebung allen Beschäftigten nützen. Weil gesunde Beschäftigte in unseren Unternehmen auch der Gesellschaft zugute kommen, will die CDU-Landtagsfraktion zusammen mit den Krankenkassen Maß-

nahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung unterstützen. Die CDU-Fraktion ist davon überzeugt, dass die Telemedizin im betrieblichen Gesundheitswesen, speziell in der Prävention, ein Aufgabenfeld ist, das gerade für kleinere und mittlere Unternehmen die Chance birgt, Gesundheitsprogramme für alle Arbeitnehmer anzubieten. Hier soll eine breite Palette von Angeboten geschaffen werden.



# Keine unnötigen Lasten für unsere Unternehmen

Unsere Wirtschaft kann nicht mit immer weiteren neuen Regelungen belastet werden, die über zwingende Vorgaben der EU und des Bundes hinausgehen. Beispiele hierfür finden sich in dieser Legislaturperiode leider allzu viele: vom Bildungsfreistellungsgesetz über das Umweltverwaltungsgesetz bis hin zu den im Landesnaturschutzgesetz deutlich erweiterten Beteiligungsrechten der Verbände, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Überbordende Beteiligungsrechte bestimmter Interessengruppen, insbesondere im Natur- und Tierschutz, die Verfahren ohne erkennbaren Mehrwert verkomplizieren, verteuern, verlängern oder gar Vorhaben faktisch ganz verhindern, bringen den Wirtschaftsstandort nicht weiter und sind auch bei der Akzeptanz der Anliegen dieser Gruppen in der Gesellschaft nicht förderlich. Kritisch zu sehen ist auch die zusätzliche Belastung unserer Unternehmen durch die Einbeziehung der Wirtschaftsgebäude bei der Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes. Hier gilt es, die rechtlichen Vorgaben wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen und übertriebene Regelungen auf ein sinnvolles Maß zurückzuführen. Das Land muss sich auch bei der EU viel aktiver in die von der neuen Kommission angestoßene Debatte um den Abbau von Regulierungen und die Rücknahme von Vorgaben einbrin-

gen und diese mit eigenen Vorschlägen und Initiativen vorantreiben.



**Die CDU-Landtagsfraktion lehnt die vom SPD-Arbeitsministerium im Bund erlassene Mindestlohn-Durchführungsverordnung ab und fordert deren Abschaffung, weil sie eine nicht zu rechtfertigende bürokratische Belastung für unsere Unternehmen ist. Insbesondere kritisiert die CDU-Landtagsfraktion die Subunternehmerhaftung. Sie erweitert nicht nur den Haftungsrahmen für unsere Unternehmen, sie ist bürokratisch und nicht praktikabel.**

**Die CDU-Landtagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter auf € 1.000,- angehoben wird. Nach dem Willen der CDU-Landtagsfraktion soll die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge abgeschafft werden, damit Unternehmen für denselben Monat nicht zwei Abrechnungen erstellen müssen.**



# Bürokratieabbau

Bürokratie wird ständig beklagt und Bürokratieabbau stets gefordert. Die CDU-Landtagsfraktion will einen unabhängigen Beauftragten des Landtags einsetzen, der bei jedem Gesetzesvorhaben ein Bürokratie-Votum abgeben kann. Dieser Beauftragte soll Bürokratievorwürfe von Bürger/-innen und Unternehmen entgegennehmen, prüfen, einen jährlichen Bürokratiebericht abgeben und Vorschläge zur Bürokratiereduzierung unterbreiten. Mit diesen Vorschlägen hat sich das Parlament zu befassen.

# Finanzplatz Baden-Württemberg



Die Struktur der Wirtschaft und damit auch der Banken in Baden-Württemberg hat sich auch und gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise bewährt. Der Finanzplatz in Deutschland ist geprägt durch ein leistungsfähiges dreigliedriges Bankensystem aus privaten, genossenschaftlichen und öffentlichen Banken. Daran wollen wir festhalten. Zwischen

den einzelnen Banken und Bankgruppen herrscht ein intensiver Wettbewerb zugunsten der Wirtschaft und des Verbrauchers. Jede dieser drei Säulen ist für sich genommen wichtig und jede Säule hat auch ihre Berechtigung. Mehr noch, diese Bankenstruktur ist für die Finanzierung des Mittelstands in Baden-Württemberg überlebenswichtig.

# Den Breitbandausbau in Baden-Württemberg voranbringen

Die flächendeckende Anbindung an eine leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur wird immer bedeutender für die Wirtschaftskraft, die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität eines Ortes und ganzer Regionen. Die Anbindung an ein modernes und leistungsfähiges Breitbandnetz ist die technische Voraussetzung für eine Vielzahl hochwertiger Dienstleistungen. Für die CDU-Landtagsfraktion hat dies die Qualität einer Daseinsvorsorge. Baden-Württemberg hat hier in früheren Jahren einiges erreicht. Nun gilt es, bis 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zu realisieren. Glasfaserleitungen, die sichere und hohe Übertragungsraten gewährleisten, müssen so weit wie möglich in die Fläche gebracht werden.



**Die CDU-Fraktion wird die Kommunen bei der Einrichtung eines freien W-LAN-Internetzugangs unterstützen.**

Zur Versorgung entlegenerer Gebiete, in denen der Glasfaserausbau zu teuer ist, bedarf es eines offenen Technologie-Mixes und

drahtloser Funktechnologien. Wo die Wirtschaftlichkeit des Breitbandausbaus nicht gegeben ist, bedarf es in Übereinstimmung mit den EU-Förder- und Wettbewerbsrichtlinien gezielter Förderprogramme. Wo die Telekommunikationsunternehmen keinen schnellen Anschluss zur Verfügung stellen, spielen Landkreise und Gemeinden einschließlich lokaler Initiativen von Bürgern und Wirtschaft eine große Rolle. Die CDU-Fraktion wird deren Kompetenz stärken, damit sie professionell die besten Strategien und alternative technische Lösungen für die jeweilige örtliche Situation finden.



**Ein flächendeckender Ausbau der Netzinfrastruktur in ländlichen Gebieten, die von den privaten Telekommunikationsunternehmen nicht erschlossen werden, ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, die mit staatlichen Mitteln erfüllt werden sollte.**



# Verkehr

## Mobilität für Wohlstand und Beschäftigung

Mobilität ist eine wichtige Grundlage unseres Wohlstands und unserer Gesellschaft überhaupt. Sie ist ein Stück Freiheit. Auch in Zeiten digitaler Kommunikation beruhen Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze auf der Mobilität der Menschen und dem freien Austausch von Gütern. Dies gilt gerade für Baden-Württemberg als eine der am stärksten verflochtenen Regionen Europas. Eine gute Verkehrspolitik muss deshalb die Mobilität von Personen und den Transport von Gütern gewährleisten. Sie darf nicht aus ideologischen Gründen beschränken oder

bevormunden, sondern muss die freie Wahl der Verkehrsmittel ermöglichen. Wenn wir Baden-Württemberg als einen der weltweit führenden Wirtschaftsstandorte erhalten und weiterentwickeln wollen, sind wir auf eine moderne Verkehrsinfrastruktur und leistungsfähige Verkehrswege angewiesen. Denn sie sind die Lebensadern unserer Wirtschaft und damit eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand und Beschäftigung.

## Leistungsfähige Infrastruktur für das ganze Land

Gerade Baden-Württemberg ist durch seine vielen starken Wirtschaftsstandorte und

seine mittelständische Wirtschaftsstruktur geprägt. Kleine und mittlere Unternehmen mit hoher Innovationskraft findet man in den Ballungsräumen wie auch im ländlichen Raum.

Baden-Württemberg ist auch ein Land der Berufspendler: Mehr als die Hälfte der Menschen pendelt täglich mit dem Auto, Bus oder Zug zur Arbeit. Ihre Zahl steigt weiter. Auf diese Mitarbeiter sind unsere Unternehmen dringend angewiesen.

Baden-Württemberg braucht deshalb eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und maßgeschneiderte Verkehrslösungen für alle Regionen des Landes – für große Städte und Ballungsräume, Mittelstädte und Randzonen und den ländlichen Raum im engeren Sinne. Als Wirtschaftsstandorte sind unsere Kommunen auf ein gutes Verkehrsnetz, auf gute Straßen und Zugverbindungen angewiesen. Davon hängen ihre Zukunftschancen ab.

## Erhalt und Ausbau aller Verkehrsträger

Trotz einer sinkenden Bevölkerungszahl wird die Verkehrsnachfrage in Baden-Württemberg weiter stark zunehmen. Vor allem der Güterverkehr wird im Vergleich zum

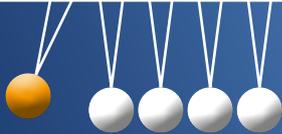


**Die CDU-Fraktion wird zudem einen Fokus auf Telematik-Lösungen setzen. Damit können u. a. Verkehrsleitsysteme mit betrieblichen Flottenmanagementsystemen verknüpft werden. Davon verspricht sich die CDU-Fraktion eine effizientere Verkehrsauslastung unserer Straßen.**

**Die CDU-Fraktion bekennt sich zum Automobilland Baden-Württemberg. Die Erfolgsgeschichte unseres Landes ist untrennbar mit dem Automobil verbunden. Wir wollen Hersteller und Zulieferbetriebe stärken und technische Innovationen wie das autonome Fahren und die Elektromobilität fördern.**

Personenverkehr überproportional wachsen. Auch der Transitverkehr wird deutlich zunehmen.

Deshalb müssen wir nicht nur die bestehende Infrastruktur erhalten und erneuern, sondern auch weiter ausbauen, um einen Kollaps unserer Verkehrssysteme zu verhindern.



**Die CDU-Fraktion tritt für einen bedarfsgerechten Ausbau der Autobahnen, Bundes- und Landstraßen sowie kommunalen Straßen ein. Der Stillstand der letzten Jahre im Land muss endlich überwunden werden. Auf der Schiene müssen das Bahnprojekt Stuttgart-Ulm und der Ausbau der Rheintalbahn, die Hochrheinbahn und die Südbahn wie auch wichtige Vorhaben im SPNV vorangebracht werden. Auf der Wasserstraße müssen die Neckarschleusen auf ihrer gesamten Länge ausgebaut werden.**



Die Verkehrsträger müssen sich entsprechend ihren Vorteilen ergänzen und insgesamt leistungsfähiger werden. Wir benötigen den motorisierten Individualverkehr, ÖPNV und SPNV, den Wasser- und Luftverkehr. Den intermodalen und multimodalen Verkehr wollen wir stärken und neue, intelligente Lösungen im Personen- und Güterverkehr entwickeln.

### **Starke Verkehrs- und Logistikunternehmen**

Güterverkehr und Logistik sind wichtig für die Gesamtwirtschaft. Die Logistikbranche ist eine wichtige Säule der Wirtschaft und

ein überproportional wachsender Zukunftsmarkt. Allein in Baden-Württemberg arbeiten hier 380.000 Beschäftigten in meist kleineren und mittleren Unternehmen. Wir wollen daher den Logistikstandort Baden-Württemberg stärken. Es ist falsch, den Güterverkehr nur als Belastung zu sehen, die verringert werden muss.

Der Busverkehr bildet das Rückgrat des ÖPNV im Land. Er ist durch eine mittelständische Struktur der Busunternehmen geprägt. Diese wollen wir weiter stärken. Im Bereich des Taxigewerbes hat sich der Ordnungsrahmen des Personenbeförderungsgesetzes bewährt.

# Energie als Standortfaktor



Eine sichere und zuverlässige Versorgung unserer Unternehmen mit Energie zu wirtschaftlichen Bedingungen ist eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsstarke, wirtschaftlich erfolgreiche und vor allen Dingen wettbewerbsfähige Region. Diese

gilt es in jedem Fall zu erhalten. Daher ist es das Ziel der CDU-Landtagsfraktion, die Energieversorgung als Grundpfeiler wirtschaftlich erfolgreichen Handelns zu verstehen, die für technologische Innovation und Fortschritt steht, dabei die natürlichen

Lebensräume in unserem Land wahrt und unser Klima schützt. Daher wird es bei der Energiewende in Baden-Württemberg darauf ankommen, die Energiewende nicht auf das Anliegen der CO<sub>2</sub>-Einsparung, sprich auf ausschließlich ökologische Ziele zu reduzieren, sondern gerade auch mit Blick auf den Industriestandort die ökonomische Aspekte wie Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit im Blick zu halten. Besonders deutlich wird dies bei der Frage, wie sich der künftige Energiemix darstellt, was das Verhältnis von konventioneller grundlastfähiger Erzeugung und erneuerbaren Energieträgern angeht.

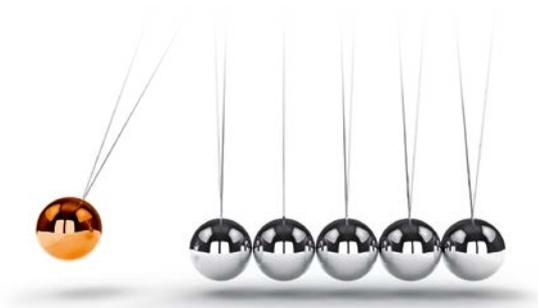
Nach wie vor fehlen technische Lösungen, die das Speichern der aus Wind und Sonne gewonnenen Energie ermöglichen. Hier gilt es auch weiter in die Forschung zu investieren, ebenso bei „smart-grid-Lösungen“.

Im Bereich der Energieeffizienz müssen geeignete Anreize geschaffen werden. Dazu gehört auch, die Möglichkeit der steuerlichen Geltendmachung der energetischen Gebäudesanierung im privaten Wohnbereich umzusetzen, da die bestehenden KfW- und Landesprogramme keinen vergleichbaren Effekt auf die Sanierungsquote erzeugen.

# Zielsetzung



Die CDU-Landtagsfraktion will Baden-Württemberg auf den Weg zum innovativsten Industriestandort Europas führen, unsere Exportstärke dauerhaft festigen und somit Arbeitsplätze und Wohlstand für alle Menschen in unserem Land sicherstellen. Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und die Leistungsbereitschaft unserer Unternehmen sowie Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind für uns die maßgeblichen Erfolgsfaktoren. **Unser Land kann mehr.**



**Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!**

**Dr. Reinhard Löffler MdL**

Wirtschaftspolitischer Sprecher der  
CDU-Landtagsfraktion

Haus der Abgeordneten  
Konrad-Adenauer-Straße 12  
70173 Stuttgart

Tel.: 0711 2063 857

Fax: 0711 2063 14 857

E-Mail: [reinhard.loeffler@cdu.landtag-bw.de](mailto:reinhard.loeffler@cdu.landtag-bw.de)

[www.cdu.landtag-bw.de](http://www.cdu.landtag-bw.de)

**Nadine Becker**

Parlamentarische Beraterin

Haus der Abgeordneten  
Konrad-Adenauer-Straße 12  
70173 Stuttgart

Tel.: 0711 2063 828

Fax: 0711 2063 14 828

E-Mail: [nadine.becker@cdu.landtag-bw.de](mailto:nadine.becker@cdu.landtag-bw.de)

[www.cdu.landtag-bw.de](http://www.cdu.landtag-bw.de)

V. i. S. d. P.: Stefan Prinz, Pressesprecher, [stefan.prinz@cdu.landtag-bw.de](mailto:stefan.prinz@cdu.landtag-bw.de)

Diese Druckschrift ist eine Information über die parlamentarische Arbeit der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.  
Gestaltung: dhc Werbung GmbH